

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20. KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 13. Dezember 1955

Blatt 2188

Ein Musterbeispiel von Gemeinwirtschaft:

Die Wasserversorgung von Neunkirchen für 50 Jahre gesichert

Gemeinde Wien baute selbsttätige Tiefbrunnenanlage bei Stixenstein

13. Dezember (RK) "Wenn ich heute die von der Gemeinde Wien hier errichtete Tiefbrunnenanlage übernehme, so bedeutet dies, daß die Trinkwasserversorgung von Neunkirchen für die nächsten 50 Jahre gesichert ist", erklärte Bürgermeister Graf von Neunkirchen gestern auf der verschneiten Mahrwiese inmitten des herrlichen Panoramas am Fuße der Burg Stixenstein. Er und Stadtrat Koci, der mit dem Vorsitzenden des Gemeinderatsausschusses für Öffentliche Einrichtungen, Gemeinderat Mistingner, zu der Feier aus Wien gekommen waren, setzten hierauf die neue Anlage in Betrieb, die ohne menschliche Bedienung täglich maximal etwa 3.000 Kubikmeter erstklassiges Wasser fördern und in die Wiener Hochquellenleitung pumpen kann.

Die Gemeinde Wien hat sich entschlossen, diese moderne Grundwasser-Erfassungsanlage mit einem Kostenaufwand von 400.000 Schilling zu errichten, als feststand, daß die Stadt Neunkirchen mit der ihr nach dem derzeitigen Übereinkommen zustehenden Wassermenge nicht mehr auskommen kann. Eine erhöhte Entnahme aus der 1. Hochquellenleitung hätte für Wien vor allem in Zeiten der Wassernot, also in trockenen Sommern oder in frostigen Wintern, eine erhebliche Belastung bedeutet. Die Wiener Wasserwerke haben daher vorgeschlagen, daß sich die Stadtgemeinde Neunkirchen in der Nähe der Hochquellenleitung ein Trinkwasservorkommen erschließe und wasserrechtlich sichere. Neunkirchen könnte dann aus diesem Wasservorkommen das Wasser in die Anlagen der 1. Wiener Hochquellenleitung

./.

einleiten und dafür an einer anderen geeigneten Stelle wieder abzapfen. Die nun dafür gewählte Stelle liegt so hoch, daß in Neunkirchen der erforderliche Wasserdruck gesichert ist und daß für die Zukunft Pump- und Wartekosten erspart werden. Da die Gemeinde Neunkirchen aber nicht in der Lage war, die Baukosten aufzubringen, hat die Gemeinde Wien das Geld vorgestreckt.

Nach dem neuen Wasserlieferungsvertrag zwischen den Gemeinden Neunkirchen und Wien, der am 1. Jänner 1956 in Kraft treten wird, erhält die Stadt Neunkirchen aus der Hochquellenleitung neben den schon früher geltenden 566 Kubikmeter Gratiswasser täglich, die von ihr benötigte weitere Wassermenge von 150.000 Kubikmeter pro Jahr zu dem um 25 Prozent ermäßigten Normalwasserpreis, nämlich um 37.5 Groschen pro Kubikmeter. Wien erhält diese 150.000 Kubikmeter Wasser in der wasserarmen Zeit durch Einsatz des neuen Tiefbrunnens zurück, und zwar gratis, und darüber hinaus jährlich noch etwa 300.000 Kubikmeter Wasser zu 12.5 Groschen pro Kubikmeter. Sowohl die von Neunkirchen zu zahlenden Wasser- und Durchleitungsgebühren wie auch jene Beträge, die Wien für das bezogene Mehrwasser zu bezahlen hat, werden für die Tilgung der Baukosten der Tiefbrunnenanlage auf der Mahrwiese verwendet.

Stadtrat Koci bezeichnete das Bauwerk als einen neuen Beweis für das ständige Bemühen des Betriebsvorstandes der Wiener Wasserwerke Senatsrat Dipl.Ing. Steinwender und seiner Mitarbeiter um jeden neuen Liter Wasser für Wien und für niederösterreichische Gemeinden. Aber auch der segensreiche Gedanke der Gemeinwirtschaft wird an diesem Musterbeispiel deutlich sichtbar und trägt Früchte. Das Übereinkommen bringt allen Beteiligten in einem Ausmaße Vorteile, wie man sie früher nicht vermutet hat und die in einem Nebeneinanderwirtschaften zur Gänze verloren gehen.

Mit dem Glückwunsch "Zum Wohle der Gemeinwirtschaft!" ließen Bürgermeister Graf und Stadtrat Koci die Gläser mit dem köstlichen Trinkwasser aus dem neuen Brunnen aneinanderklingen.

Im Zeichen der wiedererlangten Freiheit:Die Preisträger 1955 der Dr. Karl Renner-Stiftung
=====

13. Dezember (RK) Um der Bedeutung des Staatsvertrages sinnfälliger Ausdruck zu geben, der die volle Souveränität Österreichs wiederherstellte und das Tor zu einer glücklicheren Zukunft öffnete, hat das Kuratorium der Dr. Karl Renner-Stiftung, der statutengemäß die Ermittlung der Preisträger obliegt, heuer Bundeskanzler **DDr.h.c. Ing. Julius Raab**, Vizekanzler Hofrat Dr. Adolf Schärf, Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **DDr.h.c. Dipl.Ing. Leopold Figl** und Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Bruno Kreisky einstimmig für diese hohe Auszeichnung der Stadt Wien vorgeschlagen. Der Bürgermeister hat den Vorschlag mit Entschliebung vom 9. Dezember genehmigt.

Mit Rücksicht auf den besonderen Anlaß und gleichsam als Abschluß des historisch-bedeutsamen Jahres 1955 findet die feierliche Verleihung der Preise am 20. Dezember, dem zehnten Jahrestag der Wahl Dr. Renners zum Bundespräsidenten, statt. Der festliche Akt beginnt um 17.30 Uhr im Großen Festsaal des Wiener Rathauses. An der Veranstaltung werden Bundespräsident Dr.h.c. Körner, die Mitglieder der Bundesregierung, die Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates, des Gemeinderates, das Diplomatische Korps, Vertreter des kulturellen und politischen Lebens, die bisherigen Preisträger der Dr. Renner-Stiftung, die Spitzen der Behörden und Abordnungen der Schuljugend teilnehmen.

Bundeskanzler DDr.h.c. Ing. Julius Raab

wurde am 29. November 1891 in St. Pölten, Niederösterreich, geboren und ergriff nach Absolvierung der Technischen Hochschule in Wien den Beruf eines Baumeisters. Nach dem ersten Weltkrieg, an dem er als Offizier teilnahm, war er im Unternehmen seines Vaters tätig, mußte aber 1938 ausscheiden und arbeitete bis 1945 bei einer Wiener Baufirma, die er zu einem Zufluchtsort für politisch und rassisch Verfolgte ausbaute. Schon während seiner fachlichen Ausbildungszeit wirkte er in katholischen Jugend- und Studentenorganisationen und gehörte einem Kreis katholischer Sozialpolitiker

an, dessen Mittelpunkt der christlichsoziale Arbeiterführer Leopold Kunschak war. 1927 wurde er in den österreichischen Nationalrat entsandt, im Jänner 1938 zum Bundesminister für Handel und Verkehr ernannt und 1945 als Staatssekretär in die provisorische Staatsregierung berufen. Er zählt zu den Gründern der Österreichischen Volkspartei, als deren Bundesparteiobmann er gegenwärtig fungiert, ist der Organisator des Österreichischen Wirtschaftsbundes und hat auch an der Bildung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, deren Präsident er wurde, entscheidenden Anteil. Seit den Wahlen des Jahres 1945 gehört er dem Nationalrat an. Am 2. April 1953 übernahm er die Führung der Regierungsgeschäfte. Bundeskanzler Raab besitzt eine genaue Kenntnis der österreichischen Wirtschaft und eine umfassende Übersicht über alle politischen Fragen.

Vizekanzler Hofrat Dr. Adolf Schärf

wurde am 20. April 1890 als Sohn einer Wiener Arbeiterfamilie in Nikolsburg geboren. In Wien absolvierte er das Gymnasium und das rechtswissenschaftliche Studium. 1915 rückte er ein und war bei Beendigung des Krieges Oberleutnant. Anschließend trat er in die Staatskanzlei ein, wo er als Sekretär des jeweiligen sozialdemokratischen Präsidenten dem Parlamentsdienst zugeteilt war. Dr. Schärf trat seit frühester Jugend in der sozialdemokratischen Bewegung aktiv hervor und wurde in der Partei zur Mitwirkung an Gesetzgebungsarbeiten herangezogen. Im Juli 1933 wurde er in den Bundesrat entsandt. In der Folge betätigte er sich als Rechtsanwalt und eröffnete eine Kanzlei, die sich vorwiegend mit der Verteidigung von politisch verfolgten Personen befaßte. Während der nationalsozialistischen Zeit wurde er zweimal in Haft gesetzt. Am 27. April 1945 wurde er in der provisorischen Staatsregierung zum Staatssekretär ernannt, seit dem 20. Dezember 1945 gehört er ohne Unterbrechung als Vizekanzler der Bundesregierung an. 1945 wurde er zum Vorsitzenden der SPÖ gewählt. Dr. Schärf verfügt über reiche Erfahrung auf dem Gebiete der Gesetzgebung und ist ein ausgezeichnete Kenner der österreichischen Bundesverfassung. Auch in allen Fragen der Politik hat er sich als objektiv denkender Fachmann bewährt. Zahlreiche Reisen ins Ausland verschafften ihm

wertvollen Kontakt mit führenden Staatsmännern und Politikern. Vizekanzler Dr. Schärf ist stets zu einer Politik der Verständigung bereit.

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten DDr.h.c. Dipl.Ing.

Leopold Figl

entstammt einer der ältesten Bauernfamilien Niederösterreichs und wurde am 2. Oktober 1902 in Rust (Tullnerfeld) geboren. An der Hochschule für Bodenkultur in Wien erwarb er das Diplom eines Agraringenieurs und arbeitete dann im Niederösterreichischen Bauernbund, wo er auf Grund seiner organisatorischen und publizistischen Leistungen rasch zum Direktor aufrückte. 1934 wurde er in den Österreichischen Bundeswirtschaftsrat berufen und im Jahr darauf als Reichsbauernbunddirektor mit der Leitung des gesamtösterreichischen Bauernbundes betraut. Im März 1938 wurde er sofort verhaftet und mit dem ersten Transport in das Konzentrationslager Dachau gebracht, wo er bis Mai 1943 festgehalten wurde. Nach einer neuerlichen Verhaftung erfolgte seine Überstellung ins KZ Mauthausen und ins Landesgericht Wien. Im Sommer 1945 hätte ihm der Hochverratsprozeß gemacht werden sollen. Nach seiner Befreiung übernahm er sogleich den Wiederaufbau der österreichischen Bauernschaft und wurde am 27. April als Staatssekretär in das politische Kabinett der provisorischen Staatsregierung berufen. Er ist einer der Gründer der Österreichischen Volkspartei, die ihn 1945 zum Bundesparteiobmann wählte. Im selben Jahr wurde Dipl.Ing. Figl Bundeskanzler und stand in dieser Funktion bis 2. April 1953 an der Spitze der österreichischen Bundesregierung. Nach seinem Ausscheiden kehrte er wieder als Direktor in den Österreichischen Bauernbund zurück, bis er 1953 zum Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten berufen wurde. Seine langjährige Tätigkeit als Regierungschef gab ihm wiederholt Gelegenheit zu persönlicher Berührung mit prominenten Politikern und zu offiziellen Besuchen des Auslandes, in dem er als einer der populärsten österreichischen Staatsmänner der Nachkriegszeit gilt.

Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten,

Legationsrat Dr. Bruno Kreisky

wurde am 22. Jänner 1911 als Sohn eines Industriellen in Wien geboren und absolvierte die juristische Fakultät der Wiener Universität. Schon während seiner Studienzeit schloß er sich der Sozialdemokratischen Partei an, in der er verschiedene Vertrauensstellungen innehatte. Nach deren Verbot arbeitete er illegal weiter. 1938 wurde er durch die Gestapo verhaftet und nach seiner Freilassung des Landes verwiesen. Er fand in Stockholm Zuflucht, wo er von 1939 bis 1945 als Beamter des Wissenschaftlichen Sekretariats der Stockholmer Konsumgenossenschaft tätig war. Als Vertrauensmann der schwedischen Regierung in österreichischen Fragen gelang es ihm 1942, politische Exilrechte für die aus der Wehrmacht geflohenen Österreicher durchsetzen. Nach Kriegsende beteiligte er sich maßgeblich am Aufbau der schwedischen Hilfsaktion für Österreich. 1946 erfolgte seine Aufnahme in den diplomatischen Dienst. Er wurde der österreichischen Gesandtschaft in Stockholm zugewiesen. Am 22. Juni 1951 wurde er in die Präsidentschaftskanzlei versetzt und übte zuletzt die Funktion eines Kabinettsvizeleiters aus. Am 2. April 1953 erfolgte seine Ernennung zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten. Staatssekretär Dr. Kreisky gilt als der Initiator des anlässlich des 80. Geburtstages des Bundespräsidenten geschaffenen "Theodor Körner-Stiftungsfonds zur Förderung von Wissenschaft und Kunst". Sprachkenntnisse und weitreichende internationale Beziehungen ergänzen seine besondere Eignung zur Mitarbeit an der Lösung außenpolitischer Probleme.

- - -

Städtische Versicherung spendet für Opfer von Kaprun
=====

13. Dezember (RK) Die Wiener Städtische Versicherungsanstalt hat für die Kinder der Opfer der Kapruner Lawinenkatastrophe 15.000 Schilling gespendet. In dieser Summe ist auch ein Restbetrag enthalten, der durch die schwedische genossenschaftliche Versicherungsanstalt Folksam bei einer früheren Gelegenheit der Wiener Städtischen Versicherungsanstalt zur Verteilung übergeben worden war.

- - -

Die Bilanzen der Städtischen Unternehmungen für 1954
=====

13. Dezember (RK) Heute vormittag hat der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dkfm. Nathschläger, in einer gemeinsamen Sitzung des Wiener Stadtsenates mit dem Finanzausschuß die Bilanzen 1954 der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien und der Gewista eingebracht. Da die Gebarung wie in jedem zweiten Jahr demnächst vom Rechnungshof überprüft wird, wird die Beratung der Bilanzen 1954 im Wiener Gemeinderat bis zum Einlangen des Überprüfungsberichtes des Rechnungshofes verschoben.

- - -

Wiener Landesregierung genehmigte neue Förderungsbeiträge
=====

13. Dezember (RK) Auf Antrag des Amtsführenden Stadtrates für Kultur und Volksbildung Mandl genehmigte heute die Wiener Landesregierung Förderungsbeiträge in der Gesamthöhe von 900.000 Schilling. Der Verein Wiener Symphoniker erhält 300.000 Schilling. Das Theater in der Josefstadt, das Volkstheater und das Raimundtheater bekommen je 200.000 Schilling.

- - -

Hebesätze 1956 der Grundsteuer und Gewerbesteuer
=====

13. Dezember (RK) Der Amtsführende Stadtrat für das Finanzwesen Resch referierte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates über die Festsetzung der Hebesätze 1956 der Grundsteuer und der Gewerbesteuer und stellte den Antrag, die für das Jahr 1955 geltenden auch für 1956 zu übernehmen. Der Wiener Gemeinderat wird in seiner nächsten Sitzung darüber beschließen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 13. Dezember
=====

13. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren: 6944. Gesamtauftrieb: 6944. Alle verkauft. Auslandsschlachthof: Rumänien 400, Ungarn 90.

Preise: Extrem 13.80 bis 14.- S, 1. Qualität 13.40 bis 13.80, 2. Qualität 13.- bis 13.40 S, 3. Qualität 11.90 bis 12.90 S, Zuchten 11.- bis 12.- S, Altschneider 10.50 bis 11.- S.

Bei sehr lebhaftem Marktverkehr notierte Extremware fest behauptet, 1. Qualität verteuerte sich bis zu 50 Groschen, 2. und 3. Qualität bis zu 70 Groschen.

- - -

85. Geburtstag von Josef Hoffmann
=====

13. Dezember (RK) Am 15. Dezember vollendet Architekt Oberbaurat Prof.Dr.techn.h.c. Josef Hoffmann sein 85. Lebensjahr.

Zu Pirnitz in Mähren geboren, kam er nach Wien, um an der Akademie der bildenden Künste bei Hasenauer und Otto Wagner zu studieren. 1899 übernahm er die Lehrstelle für Architektur an der Kunstgewerbeschule, an der er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1936 wirkte und zahllose Schüler zu führenden Fachleuten heranzubildete. Prof. Hoffmann war Mitbegründer der Secession, des österreichischen Werkbundes und der Kunstschau sowie künstlerischer

Leiter der Wiener Werkstätte, deren gesamte Produktion seine Entwürfe bestimmten. Sein durch ungewöhnlichen Einfallsreichtum gekennzeichnetes Schaffen zeigt nach Inhalt und Umfang eine Vielseitigkeit, wie sie in der Kunst nur selten begegnet. Von ihm stammen Wohn- und Zweckbauten, Villen, Büroräume, Inneneinrichtungen, Möbel, Gebrauchs- und kunstgewerbliche Gegenstände sowie Schmuck in jedem Material. Auch mit dem Problem des Siedlungswesens befaßte er sich. Für die Gemeinde Wien erbaute er mehrere Wohnhäuser. Als Schöpfer von Ausstellungsbauten errang er im In- und Ausland große Erfolge. Desgleichen ist es ihm zu danken, daß das heimische Kunstgewerbe auf zahlreichen Expositionen der Wiener Werkstätte in allen Weltstädten triumphierte. Seine Leistungen haben vielfache öffentliche Anerkennung gefunden.

- - -

Die Tage des Türmers sind gezählt

=====

13. Dezember (RK) Vor ungefähr 100 Jahren, nämlich am 15. September 1855 wurde in Wien der erste österreichische Feuerwehrtelegraph in Benützung genommen. Die neuhergestellte Telegraphenleitung führte vom Wächterzimmer auf dem Stephansturm in das städtische Bauamt Am Hof 9, in das bürgerliche Zeughaus Am Hof 10, in die Feuerreservestellungen und in die Naturalwohnung eines städtischen Ingenieurs. An diese Leitung waren zwei Kramer'sche elektromagnetische Zeigerapparate und drei Penn'sche Glockenapparate angeschlossen.

Auf dem Stephansturm war bereits durch mehrere Jahrhunderte, wahrscheinlich schon seit der Vollendung des Turmes (1433) ein Feuerwächterdienst eingerichtet. Nach der Einrichtung des ersten Feuertelegraphen stellte nun die Wiener Berufsfeuerwehr Telegraphisten als Beobachtungsposten auf den Stephansturm. Diese Posten hatten die Aufgabe, bei Tag und Nacht das Stadtgebiet sowie dessen nähere Umgebung zu überschauen und etwa wahrgenommene Brände telegraphisch der Feuerwehrzentrale anzuzeigen. Die ganze Einrichtung, die noch durch ein theodolitartiges Meßinstrument zur möglichst genauen Bestimmung des Brandortes ergänzt wurde, war seinerzeit

ein außerordentlich modernes und zweckmäßiges Mittel zur Feueranzeige. Mit dem fortschreitenden Ausbau des Telegraphennetzes der Polizei und infolge der Einrichtung von Bezirks-Feuerwehr-filialen, die im Jahre 1864 telegraphische Verbindungen mit der Zentrale erhielten, vor allem aber nach der Aufstellung von automatischen Feuermeldern (ab 1878) verlor jedoch die Feuermeldung vom Stephansturm immer mehr an Bedeutung. Immerhin kam es noch in den beiden letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts ziemlich häufig vor, daß Brände zuerst durch eine Anzeige des Türmers der Feuerwehrzentrale zur Kenntnis kamen. Solche Fälle wurden jedoch immer seltener und die Tätigkeit des Türmers erstreckte sich bald **weniger** auf die Entdeckung von Bränden als vielmehr auf die Beobachtung des Verlaufes von Bränden, die der Feuerwehr bereits bekannt geworden waren und bei denen sie oft sogar schon tätig war. Dank der fortschreitenden Verdichtung des Telephon- und Feuermeldernetzes konnten nun eben weitaus die meisten Brände schon der Feuerwehr gemeldet werden, bevor sie sich durch weithin sichtbaren Rauch oder Feuerschein bemerkbar machten.

Der Nutzen, der sich aus der Tätigkeit des "Türmers" ergab, wurde somit immer geringer und schließlich wurde dieser Dienst nur mehr deshalb aufrechterhalten, weil beabsichtigt war, so wie in der Zeit von 1936 bis 1945 die ortsfeste Sende- und Empfangsanlage für den UKW-Funksprechdienst der Feuerwehr nun wieder in der Türmerstube einzurichten. Inzwischen haben aber genaue Untersuchungen ergeben, daß infolge von Störungen, die auf die weit fortgeschrittene Elektrifizierung der Innenstadt zurückzuführen sind, der Stephansturm für die Unterbringung der Funksprechanlage nicht mehr geeignet ist. Diese Anlage wurde daher bereits in der nach ihrer Lage hierfür besonders geeigneten Feuerwache Steinhof aufgestellt, wo sie durch den Stationstelegraphisten bedient wird.

Damit ist aber eine weitere Beibehaltung des Beobachtungspostens auf dem Stephansturm nicht mehr vertretbar. Dieser Dienst wird daher mit Jahresende aufgelassen werden.